

Liberal

LDP

Liberal.
Demokratisch.
Pointiert!

Dank, Freude und Ansporn



von Parteipräsidentin Patricia von Falkenstein

Liebe Mitglieder der Liberal-Demokratischen Partei Basel-Stadt
Liebe Sympathisantinnen
Liebe Sympathisanten
Mit diesem Resultat der Wahlen in den Nationalrat haben wahrscheinlich auch Sie nicht gerechnet. Dass wir gleich um 4.2 % besser abschneiden als vor vier Jahren, darf als sensationell bezeichnet werden. Dieses Ergebnis, die Tatsache, dass die LDP Wahlsiegerin ist, verdanken wir Ihnen, liebe Parteimitglieder. Ihre Treue zur LDP, zum Teil über Jahrzehnte, Ihr früheres oder derzeitiges aktives Mitwirken im Grossen Rat, im Bürgerrat, im Regierungsrat, im Bürgergemeinderat, im Gemeinderat von Riehen oder

im dortigen Einwohnerrat, in den Gerichten, im Erziehungsrat, Verfassungsrat und weiteren Gremien, die parteipolitisch besetzt werden, dieses Engagement bildet die Grundlage für ein gutes, seriöses Image unserer Partei. Auf dieser Basis haben wir in der Vergangenheit immer gute Kandidatinnen und Kandidaten stellen können. Die Arbeit der LDP wird allgemein anerkannt.

Vergessen wir nicht die Bedeutung derjenigen Mitglieder, die uns stets unterstützen, ohne



selbst aktiv mitzuwirken. Ihr Beitrag - in welcher Form auch immer - durch Werbung für unsere Listen, durch Mitglieder-

und Gönnerbeiträge und durch Präsenz an Versammlungen, ist von grösster Bedeutung. Ganz herzlich möchte ich Ihnen allen danken für Ihre Beiträge zu diesem Erfolg der LDP! Unsere starke Liste 3 hat dank des hohen Bekanntheitsgrades aller ganz massiv zugelegt. Conradin Cramer, Heiner Vischer, André Auderset, Christoph Eymann und auch ich haben neben der Parteiwerbung zusätzliche persönliche Anstrengungen unternommen. Dabei sind wir sehr grosszügig von Persönlichkeiten unterstützt

worden, die jemanden von der LDP in Bern haben wollten. Auch die Jungliberalen mit Diana Blome, Michael und Lukas Hug, Benjamin Grob und Adrienne Strahm... haben sich stark engagiert und einen grossen Aufwand betrieben, zum Beispiel mit ihren Aktionen für die Universität: Petition gegen den Kahlschlag durch Basel-Landschaft und Wohn-Container für Studierende. Unsere Liberale Liste mit den Gewerbetreibenden Philip Karger, Lukas Huber, Silva Keberle, René Häfliger und Mario Biondi hat einen wichtigen Beitrag zum Gesamtergebnis geleistet. Die LDP ist bei diesen Wahlen zur drittstärksten Kraft im Kanton geworden. Neben dem Gewinn eines Sitzes im Nationalrat durch Christoph Eymann freut uns auch das. Herzlichen

Schlag auf Schlag und spannender Schlagabtausch!

Gegen Jahresende rennt die Zeit jeweils davon! Ein Zeichen der Aktivität, besonders für unsere Fraktion im Grossen Rat. Im Oktober ist noch die Nervosität im Hinblick der National- und Ständeratswahlen dazugekommen, die allerdings gekrönt wurde mit einem Glangresultat: Unserem Dreamteam, allesamt Fraktionsmitglieder, gratuliere ich herzlich zu den guten Ergebnissen und Christoph Eymann zur Wahl. Die Tage, Stunden und Minuten vor der Bekanntgabe gehörten wohl zu den langsamsten Momenten im Jahr 2015. Von ruhigen Momenten war 2015 im Grossen Rat allerdings nicht viel zu spüren, denn die Geschäfte folgten Schlag auf Schlag. Nachstehend einige Highlights aus den Einsatzgebieten der Fraktionsmitglieder:

Heiner Vischer haben wir den Kompromiss bei der Behandlung des Ratschlages zur Neuorganisation des Aeschengrabens zu verdanken; er hat sich für die Erhaltung der zweiten Spur erfolgreich in der UVEK und bei der Debatte im Grossen Rat eingesetzt. Thomas Müry hat den Zugang von Sterbehilfeorganisationen in Alters- und Pflegeheimen dank einem flammenden Votum verhindert. Die Ablehnung erfolgte mit einer Stimme äusserst knapp! Raoul Furlano hat sich gut in den Ratsbetrieb eingelebt und sich vehement für die Parkplatzsituation vor dem Kinderspital eingesetzt. Thomas Strahm hat sich für einen Kompromiss bei der Behandlung des Pensionskassengesetzes hervorgetan und unsere, respektive die Anliegen der Bürgerlichen, mit wenigen Abstrichen erfolgreich verteidigt; zentrales Element des Kompromissvorschlages war der Wechsel zum Beitragsprimat.

Fortsetzung auf Seite 2

Inhalt

Dank, Freude und Ansporn	1
Schlag auf Schlag und spannender Schlagabtausch!	1
Christoph Eymann: Der neue Nationalrat im Gespräch	2
2 x NEIN zur unnötigen Strasseninitiative und zum Gegenvorschlag	3
Parteiversammlung vom 20. 10.: LDP in Feierstimmung	5
Taxi-Gesetz: Eine sinnvolle und moderne Vorlage	6
GOG-Revision: JA	6
Jungliberale mit Container-Aktion und Bildungs-Petition	6
Petitionsbogen	7
Flüchtlingsdrama: LDP initiiert Standesinitiative für eine internationale Flüchtlingspolitik-Konferenz	8
Jungliberale und Gewerbeliste - ein grosses Merci für den Einsatz!	8

Dank allen, die dazu Beiträge geleistet haben. Wir werden nicht überheblich deswegen, wir wissen, dass es in der Politik schnell gehen kann, bis sich die Wetterlage schon wieder ändert. Aber dieses Resultat spornt uns

mächtig an. Bereits wenige Tage nach den Wahlen haben wir uns zu einer Klausur zur Gestaltung unseres Programms bis zu nächsten Wahlen im Oktober 2016 getroffen. Wir bleiben dran.

Ihre Hilfe durften wir stark in Anspruch nehmen, wir werden Ihre Unterstützung auch in Zukunft brauchen und bedanken uns bereits heute dafür. Es ist schön, und befriedigend diese Partei führen zu dürfen!

Fortsetzung von Seite 1

André Auderset kämpfte in unmissverständlichen Voten gegen die Auswüchse und für mehr Vernunft bei der Behandlung des Verkehrskonzeptes Innerstadt. Gleichzeitig bearbeitete er das äusserst komplexe Gerichtsorganisationsgesetz. Patricia von Falkenstein bewährte sich als ausgezeichnete Drahtzieherin zwischen den Fraktionen und brachte im Vorfeld der Grossratsdebatten oft Meinungen auf einen gemeinsamen Nenner, dies wohlbemerkt nebst dem aufwändigen Einsatz in der Finanzkommission. Michael Koehlin behandelte die Ereignisse rund um die BKB, und als Kommissionssprecher der Geschäftsprüfungskommission vertrat er das kürzlich verabschiedete BKB-Gesetz vor dem Grossen Rat. Conradin Cramer ist als Präsident der Bau- und Raumplanungskommission sehr oft am Rednerpult im Einsatz – die BKK bearbeitet die grösste Anzahl von Vorlagen – und meistert diese Aufgabe souverän. Keine Vorlage aus der Gesundheitskommission kann sich der professionellen Prüfung durch Felix Eymann entziehen und für die Schreibende waren die Behandlung sämtlicher Rahmenkredite im Kulturbereich, z.B. Theater, Casino, und im schulischen Bereich eine spannende Herausforderung, (und das bis anhin 96 Kommissionssitzungen in dieser Legislaturperiode!) Mein persönliches Highlight jedoch ist die Leitung unserer Fraktion, die mit Elan, konstruktiv und grossem Zeitaufwand eine gute Leistung erbringt. Mit diesem Kurzbericht will ich aufzeigen, wie vielfältig der Einsatz unserer Fraktionsmitglieder ist und dass wir bei allen wichtigen Geschäfte eine zentrale und tragende Rolle einnehmen. Dies nicht zuletzt als Ermunterung und Aufruf an alle Parteimitglieder und Sympathisanten, sich für eine Kandidatur bei den Grossratswahlen im Oktober 2016 zu melden. Je stärker unsere Fraktion ist, umso mehr können wir auch künftig bewegen und bewirken!

*Fraktionspräsidentin
Christine Wirz-von Planta*

Christoph Eymann: Der neue Nationalrat im Gespräch

LIBERAL: Christoph Eymann, herzliche Gratulation zur Wahl in den Nationalrat. Dass die Wahl klappt, dass konnte man mit gewissem Optimismus erwarten. Aber gleich so deutlich... Überrascht von diesem überraschenden Resultat?

Chr. Eymann: Vielen Dank für die Glückwünsche! Ja, ich bin überrascht, ich habe mit einem guten, nicht aber nicht mit einem so guten Resultat der LDP gerechnet.



stark steigern können und einen engagierten Wahlkampf geführt. Die Jungliberalen haben mit den Aktivitäten gegen die Schwächung der Uni und für Studentenwohngelegenheiten auf sich aufmerksam gemacht und die Liste der Gewerbetreibenden hat auch gut abgeschnitten. Mein Beitrag rührt von meinem Bekanntheitsgrad her und auch meine klare Haltung und das kompromisslose Engagement für die Universität Basel dürften geholfen haben. Zudem gelte ich nicht als bürgerlicher Hardliner und vertrete – zum Beispiel in der Energiepolitik – eine Haltung, die ich bereits als Gewerbedirektor verfolgt habe; erneuerbare Energien und ihre Förderung sind mir wichtig.



LIBERAL: Wieviel Zuwachs ist „Eymann“ - wieviel hat andere Ursachen? Und welche sind dies?

Chr. Eymann: Es gibt mehrere Ursachen: Die LDP hat im Grossen Rat sehr gut gearbeitet. Wir haben zu vielen Sachfragen unsere Haltung nicht nur vertreten, sondern auch bekannt gemacht. Die Mitglieder der Fraktionen im Grossen Rat, im Bürgergemeinderat, im Einwohnererrat äussern sich klar, was von der Bevölkerung geschätzt wird. Unsere Liste 3 war sehr gut besetzt. Conradin Cramer, Patricia von Falkenstein, André Auderset und Heiner Vischer haben ihren Bekanntheitsgrad



Das dürfte mit ausschlaggebend für viele Stimmen aus anderen Parteien gewesen sein. Erfreulicherweise erfuhr ich von vielen Leuten Unterstützung, indem sie mich einer Vielzahl von Freunden, Bekannten und Familienangehörigen zur Wahl empfohlen haben.

LIBERAL: Ist dies ein einmaliges Ereignis dank des Sonderfaktors „Eymann“ oder darf sich die LDP auf einen ähnlichen Aufwärtstrend bei den kantonalen Wahlen im kommenden Jahr freuen? Chr. Eymann: Die LDP kann auch bei den kommenden Grossrats- und Regierungsratswahlen erfolgreich sein. Wir müssen



weiterhin Themen bearbeiten, welche die Bevölkerung beschäftigen: den Generationenvertrag, die Wohnungspolitik, die Verkehrspolitik, die Bildung etc. Die LDP verfügt über ausgezeichnete Persönlichkeiten in ihren Reihen; die werden sich auch bei den nächsten Wahlen – getragen von den Mitgliedern der Partei und von Sympathisierenden – durchsetzen.

LIBERAL: Schon im Dezember geht es los - wie bereitet sich Christoph Eymann auf das neue Amt vor?

Chr. Eymann: Ich werde mich der FDP-Fraktion anschliessen, dazu besteht seit einigen Jahren eine Vereinbarung mit der LDP Basel-Stadt. Es gilt, sich in die Traktanden einzulesen, eine Arbeit, die ich vom Amt, das ich als Regierungsrat ausüben darf ebenso kenne wie aus vergangenen Zeiten im Nationalrat. Im nächsten Jahr genießt meine Berufsarbeit in Basel Priorität, wenn es darauf ankommt. Die Terminkoordination wird nicht ganz einfach.



gebiete der künftigen Tätigkeit sein?

Chr. Eymann: Ich betrachte mich als Allrounder. Im Regierungsrat erfahre ich wöchentlich, welche Themen in Bern zugunsten von Basel-Stadt und der Region wie entschieden werden müssten. Hier kann ich sicher – unterstützt vom Regierungskollegium und den anderen Parlamentarierinnen und Parlamentariern – Schwerpunkte setzen. Dann kommt es drauf an, in welchen Kommissionen ich Einsitz nehmen kann. Die Bildungspolitik werde ich auch in Bern pflegen, wir brauchen für Berufsbildung und die Hochschulen mehr Mittel des Bundes, wenn wir konkurrenzfähig mit dem Ausland bleiben wollen.

LIBERAL: Hilft die Erfahrung der früheren Jahren im Nationalrat

oder ist heute ohnehin alles anders?

Chr. Eymann: Es wird sicher Vieles anders sein. Dennoch kenne ich Abläufe und Gepflogenheiten. Viele bekannte Gesichter von damals werde ich nicht mehr antreffen; in den 14 Jahren seit meinem damaligen Rücktritt aus dem Nationalrat haben sich auch zahlreiche ehemalige Kollegen und Kolleginnen verabschiedet. Zu bedauern ist, dass es keine selbständige Liberale Fraktion mehr gibt, dort habe ich mich sehr wohl gefühlt.

LIBERAL: Regierungsrat, Präsident der EDK und jetzt auch noch Nationalrat - bleibt da noch Zeit für die Familie, die



Christoph Eymann doch bekanntermassen wichtig ist.

Chr. Eymann: Zeit für die Familie war schon bisher rar; ich bin meiner Frau und meinen drei Kindern sehr dankbar für ihr Verständnis und ihre Unterstützung auch für diese Wahl. Wir werden uns arrangieren müssen. Ab Februar 2017 wird es dann zeitlich überschaubarer. LIBERAL: Was ist Christoph Eymann im Dezember 2019: wiedergewählter Nationalrat? Ständerat? Rentner - oder gar Bundesrat?

Chr. Eymann: Das hängt wesentlich davon ab, ob ich gesund bleibe. Trifft dies zu und bin ich auch einigermaßen erfolgreich unterwegs im Nationalrat, kann ich mir eine Verlängerung der Zeit in Bern vorstellen, sicher nicht als Bundesrat und wahrscheinlich auch nicht als „nur-Rentner“.



LIBERAL: Was bedeutet der Anschluss an die FDP-Fraktion? Gefährdet das nicht die Eigenständigkeit der LDP?

Chr. Eymann: Die LDP wird in Basel und Riehen selbständig bleiben, auch wenn ich als LDP-Vertreter innerhalb der FDP-Fraktion arbeiten werde. Es ist mir auch daran gelegen, die Erkennbarkeit der LDP auch in Bundesbern zu pflegen.

LIBERAL: Wo werden die Haupt-



2 x NEIN zur unnötigen Strasseninitiative und dem Gegenvorschlag

Am 15. November stimmen wir über die vom Verkehrsclub der Schweiz eingereichte Strasseninitiative und den vom Grossen Rat beschlossenen Gegenvorschlag ab. Da es sich um ein komplexes Geschäft handelt und doch bei den einen oder anderen Unklarheit darüber zu bestehen scheint, wie man über die für Basel äusserst wichtige Vorlage abstimmen soll, beleuchten wir im LIBERAL nochmals die wichtigsten Fakten.



von Heiner Vischer, Grossrat und Vizepräsident der Umwelt- und Verkehrskommission (UVEK) des Grossen Rates

Die Initiative fordert, dass innerhalb von 5 Jahren auf allen verkehrsorientierten Sammelstrassen in Basel (Hauptstrassen) wo noch keine „Velomassnahmen“ bestehen solche ergriffen werden müssen (das betrifft immerhin 46km der insgesamt

76km Hauptstrassen). Darunter sind vor allem beidseitige Velostreifen zu verstehen. Kann dies auf solchen Streckenabschnitten nicht realisiert werden, ist Tempo 30 einzuführen (da die Hauptstrassen aber gemäss Bundesrecht mit Tempo 50

signalisiert sind, wird dies in den wenigsten Fällen möglich sein). Geht dies auch nicht, müssen Parkplätze aufgehoben werden, um die Velospuren einzurichten (das würde gemäss einer Studie des Regierungsrates bis zu 1750 Parkplätze betreffen!). Geht auch dies nicht, müssen Fahrspuren aufgehoben werden, und auf den freistehenden Flächen - überbreite - Velospuren signalisiert werden (was unweigerlich - z. B. auf dem Cityring - zu einem Verkehrskollaps führen würde). Zudem sollen auf den

Hauptstrassen für die Fussgänger normgerechte Trottoirs erstellt werden (was praktisch überall schon jetzt der Fall ist) und der Öffentliche Verkehr priorisiert werden (was praktisch schon durchgehend der Fall ist). Der Regierungsrat hat in seinem Bericht geschrieben, dass die Umsetzung in einer so kurzen Zeitspanne unrealistisch ist und dass sie um die 180 Mio. (!) kosten würde.

Kaum Unterschiede bei Initiative und Gegenvorschlag:

Der Grosse Rat hat dann auf Vorschlag (der rot-grünen Mehrheit) der UVEK der Initiative einen Gegenvorschlag gegenübergestellt. Dieser verfolgt im Prinzip die gleichen Ziele wie die Initiative. Der Unterschied ist, dass dieser Velomassnahmen

„nur“ auf den Velorouten bei den Hauptstrassen fordert (was immer noch 34km betrifft!) und die Umsetzungszeit 7 anstatt 5 Jahre betragen soll. Ausserdem wird argumentiert, dass diese Massnahmen mit „Pinselfarbe und Signalen“ umgesetzt werden kann und nur 5 Mio. kosten würde, weil weitergehende Massnahmen dann mit der periodischen Strassenerhaltung und den Anpassungen für das Behindertengleichstellungsgesetz (Umgestaltung der Tramhaltestellen) quasi automatisch und fast ohne Kostenfolge umgesetzt werden könnten. Dass die Kosten dann zum grössten Teil dennoch – einfach später - anfallen werden, wird dabei natürlich verschwiegen! Wichtig ist dabei, dass auch bei dem Gegenvorschlag gemäss der Studie des Regierungsrates immer noch bis zu 1200 Parkplätze aufgehoben würden!

Basels Strassen sind sicher

Von den Befürwortern der Initiative und des Gegenvorschlages wird immer wieder die Sicherheitsfrage ins Feld geführt. Hier

muss klar festgestellt werden, dass in einer Erhebung des Bundesamtes für Strassenverkehr 2014 Basel als die für Velofahrer und Fussgänger sicherste Grossstadt der Schweiz erhoben wurde. Auch hat eine Untersuchung der schweizerischen Velolobby ProVelo 2014 Basel nach Winterthur als die zweitattraktivste Grossstadt der Schweiz (also vor Zürich, Bern, Genf etc.) erkoren. So schlecht kann es also in Basel nicht um die Sicherheit im Strassenverkehr bestellt sein!

Mehrbelastung für die Quartiere

Die Aufhebung von so vielen Parkplätzen würde im schon knappen Parkraumangebot in Basel unweigerlich zu mehr Suchverkehr in den Quartieren und damit zu einer deutlichen Verschlechterung der Lebensqualität führen. Auch das Gewerbe würde massiv betroffen sein. Eine Einführung von Tempo 30-Strecken auf den Hauptstrassen bringt zudem unausweichlich auch einen Ausweichverkehr in die Quartiere mit sich, was zu einer weiteren, deutlichen Belastung führen wird. Es ist nämlich

sehr klug, dass wir mit der Strassennetzhierarchie in Basel ein System haben, dass den Verkehr prioritär auf übergeordnete Sammelstrassen bringt und dafür die Quartiere mit Tempo 30-Zonen verkehrsberuhigt. Sowohl Initiative und der Gegenvorschlag würden dieses System aushebeln mit den beschriebenen Konsequenzen.

Basel ist eine attraktive Velostadt

Schliesslich gibt es in Basel auch für Velos ein Verbindungsnetz: Den Teilrichtplan Velo. Auch auf diesem gibt es übergeordnete Velorouten (sogenannte Pendlerrouuten), die für Velofahrer entlang der Hauptstrassen attraktive Verbindungen schaffen. Der Grossteil der Velorouten führt jedoch über die Quartierstrassen und gewährleistet somit ein sicheres und bequemes Vorankommen auf verkehrsberuhigten Strassen. Auch dieses System (das zudem stetig weiter ausgebaut wird) hat sich sehr bewährt – sonst hätte die kritische ProVelo sicher Basel nicht als zweitbeste Velo-Stadt der Schweiz erkoren!

2 x NEIN zur Initiative und Gegenvorschlag!

Zusammenfassend kann und darf also gesagt werden, dass wir in Basel ein sehr gut funktionierendes System für den motorisierten Verkehr und den Langsamverkehr (Velos und Fussgänger) und kein Bedarf für radikale, flächendeckende Massnahmen besteht. Es sei an dieser Stelle nochmals betont: Jede neugestaltete (sanierte) Strasse in Basel wird in aller Regel wenn immer möglich mit Velomassnahmen versehen und der öffentliche Verkehr priorisiert (was übrigens um Umweltschutzgesetz auch so vorgeschrieben ist!). Zugegeben: Es ist nicht einfach zu verstehen, dass der harmlos daher kommende Gegenvorschlag genauso gefährlich und unnötig wie die Initiative ist. Aber die vorangegangenen Erklärungen helfen hoffentlich, aus Überzeugung am 15. November 2 x NEIN zur Strasseninitiative und zum Gegenvorschlag zu stimmen. Dazu empfehlen wir, das „Zusatzkästchen“ freizulassen!

So vernichtet die Strasseninitiative bis zu 1800 Parkplätze und schafft mehr Stau



Beispiel Missionstrasse: Parkplatzabbau im grossen Stil



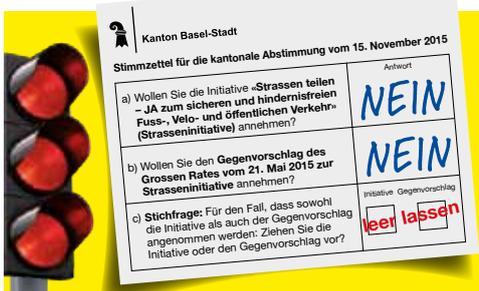
Beispiel Fasanenstrasse: Schikane durch Tempo 30 und Abbau von über 100 Parkplätzen



Beispiel Thiersteinallee: Fertig mit Parkieren!



Beispiel Schönbeinstrasse: Spurrabbau auf dem Cityring bedeutet Mehrverkehr in den Quartieren



Überparteiliches Komitee für eine vernünftige Verkehrspolitik
Postfach 4010 Basel

15. November

Strassen- Initiative **2x NEIN**

www.strasseninitiative-nein.ch

Parteiversammlung vom 20. 10.: LDP in Feierstimmung

Es gab für Parteipräsidentin Patricia von Falkenstein schon schwierigere Parteiversammlungen zu leiten als diejenige zwei Tage nach den eidgenössischen Wahlen. Im gut besuchten Theater des „Teufelhofs“ kam angesichts des tollen LDP-Resultats von Anfang an Feststimmung auf, die durch den gemütlichen Apéro am Schluss noch gesteigert wurde. Zuvor wurden die Abstimmungsparolen für den November gefasst (Ergebnis: s. auf diesen Seiten), was kaum zu längeren Diskussionen Anlass gab. Einige Impressionen unter dem Motto „Die LDP feiert“ nachfolgend:



Taxigesetz: Ja zu einer sinnvollen und modernen Vorlage

Mit vielen Anträgen war die grossrätliche Diskussion über das neue Taxigesetz behaftet. Dank Zusammenhalts der bürgerlichen Kräfte konnten problematische Anträge wie etwa die Kontingentierung des Taxibestandes oder der Einbezug von Lohn-Bestimmungen, verhindert werden. Die LDP-Fraktion konnte einen guten Teil dazu beitragen, auch andere Verbesserungen in den Gesetzestext einzufügen. Das Referendum stellt diese Verbesserungen aber wieder in Frage.



von Grossrat André Auderset

Nachdem der Grosse Rat Anfang Juni das revidierte Taxigesetz gutgeheissen hatte, folgte nur einen Tag später das Referendum durch die Unia. Hauptkritikpunkt ist dabei die fehlende Gesamtarbeitsvertragspflicht, welche die Gewerkschaft vehement gefordert hatte. Auch böte die Revision keine Verbesserung

der Arbeitsbedingungen in der Taxibranche. Dem ist zunächst zu entgegen, dass es die Gewerkschaft gewesen war, die den Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für das Taxigewerbe gekündigt hatte. Dies nun durch die Gesetzes-Hintertür zu ändern, würde gegen Bundesrecht, wie etwa das Binnenmarktgesetz oder die Koalitionsfreiheit, verstossen, wie Justizdirektor Baschi Dürr schon in der grossrätlichen Beratung erklärt hatte. Neu wird seitens der Revisions-Gegner nun auch behauptet, in Basel herrsche ein unzulässiges Kartell, weil drei Gesellschaften

(22er, 33er und Minicab) zum Teil dieselben Personen im Verwaltungsrat haben und sich eine Bestell-Zentrale teilen. Übersehen wird dabei, dass es weitere – auch grössere – Konkurrenten (etwa 44er-Taxis) gibt. Ausserdem ist eine marktbeherrschende Stellung nur dann illegal, wenn die Marktmacht missbraucht wird – etwa durch Ansetzen zu hoher Preise oder Diskriminierung anderer Marktteilnehmer. Dies ist nicht der Fall. Das neue Gesetz bringt eine aktuellere Rechtsgrundlage und viele Verbesserungen. Das Taxigewerbe ist in der Schweiz

GOG-Revision: JA

Ja sagt die LDP zur Revision der Gerichtsorganisation. Das Geschäft wurde während mehr als einem Jahr von der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission des Grossen Rates behandelt (die LDP war durch André Auderset vertreten). Im Grossen Rat selbst kam das „Riesenkpaket“, mit dem die Basler Gerichte eine moderne Arbeitsgrundlage erhalten, ohne Opposition und nur mit minimalen Änderungen durch. Da es sich teilweise um eine Verfassungsänderung handelt, muss aber obligatorisch darüber eine Volksabstimmung durchgeführt werden.

und in den meisten vergleichbaren Ländern grundsätzlich privat organisiert. Mit der Bewilligung, Taxidienstleistungen erbringen zu dürfen, gehen einige Sonderrechte (z. B. Benutzung der öffentlichen Standplätze oder der Busspuren) einher. Alle Unternehmen, die diese Privilegien in Anspruch nehmen möchten, müssen sich dem Taxigesetz unterstellen, denn der Fahrgast geht davon aus, dass er ein kontrolliertes und vertrauenswürdiges Transportmittel in Anspruch nimmt.

Jungliberale: Container-Aktion und Bildungs-Petition



In den letzten Monaten schritten die Jungliberalen zur Tat und zwar mehrfach. Um der Wohnungsknappheit insbesondere bei Studierenden entgegenzuwirken, forderte man die Entscheidungsträger der Universität auf, Wohncontainer auf brachliegenden Flächen aufzustellen. Nach einem halben Jahr (!) folgte eine dünn begründete Ablehnung durch den Regierungspräsidenten Guy Morin. Als Reaktion liessen die JLB einen 12 Meter langen Schiffscontainer vor den Eingang der Universität stellen, um den Studierenden und Entscheidungsträgern mittels Visualisierungen die Vorteile dieser Art von Behausung zu zeigen. Dazu bewegte das Thema Bildung als wichtigste Ressource unseres Landes. Deshalb haben die Jungliberalen nach Bekanntwerden der Sparmassnahmen der Baselbieter Regierung, sofort eine griffige Petition lanciert. So konnten – auch dank Unterstützung der Mutterpartei – am ersten Wochenende, schon über 500 Unterschriften (an der Uni-Nacht und am Kürbisfest im Neubad) gesammelt werden. Nach dem Bekanntwerden der Einigung beider Regierungen ist die Petition erst recht relevant und nicht obsolet. Denn der Deal der beiden Regierungen muss noch durch den Grossen Rat kommen. Wir freuen uns daher um jede Unterstützung von Ihnen, geschätzter Leser, geschätzte Leserin. Auf der Folgeseite finden Sie unseren Petitionsbogen.

Engagierte LDP-Rolle

Die LDP hat sich in den Beratungen sehr engagiert und frfrü diverse Verbesserungen gesorgt. So sollen zwar künftig Taxis in Basel auch in ökologischer Hinsicht eine Visitenkartenfunktion haben, die LDP beharrte aber erfolgreich auf die Einschränkung, dass dies nur dann in Frage kommt, wenn es auch wirtschaftlich zumutbar ist. Auf Antrag der LDP gestrichen wurden Bestimmungen, die nicht gesetzeswürdig sind, sondern in die Verordnung gehören. Bei der Forderung, dass bei jeder Änderung der Verordnung die Sozialpartner angehört werden müssen, setzte die LDP eine Beschränkung auf „wesentliche“ Änderungen durch. Dafür soll die Anhörungspflicht auch bei der erstmaligen Fassung gelten. Mit diesen Verbesserungen kann die LDP klar hinter der Vorlage stehen.

Jungliberale Basel-Stadt: Petition gegen den finanziellen Kahlschlag bei der Uni Basel

an die beiden Parlamente und Regierungen von Basel-Land und Basel-Stadt

Mit den kommunizierten Sparmassnahmen der Baselbieter Regierung ist der Bildungsstandort Basel und die älteste Universität der Schweiz gefährdet! Die Baselbieter Regierung will ihren Beitrag an die Uni um 25 Millionen Schweizer Franken kürzen. Dies wäre faktisch das Ende des mit der Stadt gemeinsam ausgehandelten Uni-Vertrags.

Die Unterzeichnenden wehren sich vehement gegen diese Sparmassnahmen am völlig falschen Ort und möchten, dass die Politik beider Kantone ein Zeichen für eine auch in Zukunft gemeinsam getragene Uni setzt.

Die Unterzeichnenden fordern den Landrat, den Grossen Rat und beide Regierungen dazu auf,

- **die Universität auch in Zukunft mit ausreichenden Mitteln zu versorgen.**
- **alle bisherigen Ausbildungsgänge an der Universität beizubehalten.**
- **auf eine Erhöhung der Studiengebühren für In- und Ausländer zu verzichten.**

Name	Vorname	Strasse / Nr. / Wohnort	Unterschrift

Jede Person kann diese Petition unterschreiben, unabhängig von Alter, Wohnort und Nationalität

Unterschriftenbögen (auch teilweise ausgefüllte) baldmöglichst zurücksenden an **Sekretariat Jungliberale Basel**, Michael Hug, Sissacherstrasse 31, 4052 Basel

Flüchtlingsdrama:

LDP initiiert Standesinitiative für eine internationale Flüchtlingspolitik-Konferenz

Die Liberal-Demokratische Partei wird im Grossen Rat die Einreichung einer Standesinitiative beantragen. Diese verlangt, dass die Schweiz zu einer internationalen Konferenz einlädt, welche zum Ziel hat, die Ursachen der Flüchtlingsströme in den Herkunftsländern zu bekämpfen. Ausserdem soll nach Möglichkeiten gesucht werden, vermehrt in der Nähe der Herkunftsländer menschenwürdige und sichere Aufenthaltsorte zu schaffen, um lebensgefährliche Fluchtwege zu verhindern.

Das Flüchtlingseiland beschäftigt alle europäischen Länder. Diskussionen gibt es überall über die Zahl der aufzunehmenden Flüchtlinge, über Unterbringung und Akzeptanz durch die Bevölkerung. Niemand kümmert sich aber ernsthaft um die Bekämpfung der Ursachen. Kann geduldet werden, dass einige korrupte und menschenverachtende Politiksysteme ursächlich für das Leiden von Millionen Menschen sind?

Der Tradition verpflichtet

Die Schweiz kann – ihrer humanitären Tradition verpflichtet – initiativ werden. Mit einer internationalen Konferenz muss versucht werden, die Ausgangslage zu beeinflussen und Ände-

rungen herbeizuführen, die sich für die Hilfesuchenden positiv auswirken. Die Liberal-Demokratische Partei Basel-Stadt hat sich bereits vor längerer Zeit – auch mit Vorstössen im Nationalrat – für eine aktivere Politik der Schweiz in diesem Bereich eingesetzt.

An der Wurzel packen

Es muss dabei zwingend bei den Ursachen der Flucht in den Herkunftsländern der hilfesuchenden Menschen angesetzt werden. Mit Aussicht auf Erfolg kann nur die Völkergemeinschaft intervenieren. Leider werden die UNO und deren Sicherheitsrat beispielsweise im Syrien-Krieg durch Grossmachtinteressen blockiert. Es

wäre deshalb nützlich, wenn die Schweiz die Initiative ergreifen würde. Asylpolitik als Teil der Innenpolitik der Zufluchtsländer muss ergänzt werden durch eine Flüchtlingsausserpolitik.

Wichtige Rolle übernehmen

Eine Einladung an die Zufluchtsstaaten würde der Schweiz gut anstehen. Die Schweiz hat gerade aktuell in ihrem OSZE-Präsidentschaftsjahr und bezüglich der Ukraine-Krise gezeigt, dass sie über eine hohe Vermittlungskompetenz verfügt und diese anerkannt und geschätzt wird. Darauf aufbauend könnte die Schweiz eine wichtige Rolle bei solchen Lösungsansätzen übernehmen.

4010 Basel

PP

Liberal

Forum für liberale Politik
in der Region Basel

November 2015
ISSN 2296-0155

Preis
Einzelpreis CHF 4.00,
Jahresabonnent CHF 18.00

Auflage
1'500 Exemplare
erscheint vier bis sechs Mal
jährlich

Herausgeberinnen
LDP Basel-Stadt
LDP Riehen/Bettingen
Jungliberale Basel

Redaktion
André Auderset

Redaktionsadresse
Elisabethenanlage 25
4010 Basel
T 061 272 12 36
F 061 272 17 43
andre.auderset@ldp.ch

Inserate
Elisabethenanlage 25
4010 Basel
T 061 272 12 36
F 061 272 17 43

Herstellung
Gremper AG, Basel

Jungliberale und Gewerbeliste - ein grosses Merci für den Einsatz!

Der Erfolg hat viele Väter, der Misserfolg ist meist ein Waisenkind. Dass der Erfolg der LDP bei den Nationalratswahlen ein Puzzle aus vielen - grösseren und kleineren - Teilen ist, ist auf alle Fälle Tatsache. Deshalb geht auch ein grosser Dank an die Jungliberalen, die sich nicht nur mit „Steck-Aktionen“ sowie Präsenz auf Strassen und Plätzen für die Partei einsetzten, sondern auch mit einer eigenen Liste zum Erfolg beitrugen. Die „Rangfolge“ auf der Liste ergab folgendes Bild:

1. Diana Blome
2. Michael Hug
3. Lukas Hug
4. Adrienne Strahm
5. Benjamin Grob

Ebenfalls ihren Teil beigetragen zum LDP-Erfolg hat die Liste 34 Gewerbe.LDP, dies nicht zuletzt mit einem sehr attraktiven Flyer. Hier präsentiert sich die Rangfolge so:

1. René Häfliger
2. Philip Karger
3. Silva Keberle
4. Lukas Huber
5. Mario Biondi

Allen Kandidatinnen und Kandidaten ein grosses Merci für ihre Bereitschaft und ihren Einsatz!

Patricia von Falkenstein, Parteipräsidentin